

„...hast du Arbeit für mich? ...ich tu alles für dich.“ (Ton Steine Scherben)

Der >>Sozialstaat<< etablierte in den letzten Jahrzehnten autoritäre, disziplinierende Maßnahmen, die BezieherInnen staatlicher Almosen und auf Lohnarbeit Angewiesene zur Arbeit zwingen und mit Niedriglöhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen abspeisen.

Zur Zielscheibe wurden wie üblich zunächst vor allem längst stigmatisierte Bevölkerungsteile. Zu Beginn der 90er Jahre wurden AsylbewerberInnen zum Schnee schaufeln gezwungen, kurz darauf auch SozialhilfeempfängerInnen. Diese Praxis wurde 1993 im Asylbewerberleistungsgesetz und im Jahr darauf in der Sozialhilfereform legitimiert.

Seit einiger Zeit ist auch generell der Zwang, jede Gelegenheit zur Arbeit anzunehmen, sei sie noch so überflüssig, schlecht bezahlt oder sinnlos, gesetzlich festgeschrieben.

Mittlerweile können sogenannte Hartz-4-EmpfängerInnen etwa zu sogenannten 1€-Jobs genötigt werden, wo sie ihre Disziplin unter Beweis stellen sollen, denn SachbearbeiterInnen der zuständigen Behörden legen Wert auf Arbeitsmotivation. Diese und ähnliche Maßnahmen, wie bspw. erzwungene Teilnahme an Bewerbungstrainings, werden ergänzt durch den sanktionsgestützten Druck, jeden Billigjob anzunehmen. Das Mittel zur Durchsetzung des Zwangs lautet schlichtweg stufenweise Streichung der Bezüge bei Renitenz. Was das ist, ist weitgehend willkürlich Auslegungssache der Behörden.

Zur Legitimierung dieser Gesetze argumentierte der damalige Kanzler Schröder (SPD) mit der Faulheit Arbeitsloser, auf die diese kein Recht hätten. Damit führte er den Arbeitslosen die ihnen zugewiesene soziale Stellung vor Augen, und gemahnte sie, sich ins Zeug zu legen. Die Arbeitenden sollten ebenso erkennen, was ihnen im Falle des Arbeitsplatzverlustes blüht und gefügsam und fleißig sein, so die Konnotation. Gründe für Arbeitslosigkeit liegen so nur noch beim Individuum, das nicht alles getan habe, den Job zu behalten bzw. einen neuen zu bekommen. >>Arbeitnehmer<< werden jedoch nicht vor die Tür gesetzt, weil sie faul sind, sondern weil für die Firma nicht mehr genug dabei herkommt. Nur wenn wahrscheinlich wieder mehr Gewinn durch sie produziert werden kann, als sie kosten, werden sie wieder angeworben.

Der Protest an Schröders Faulenzervorwurf geriet dort vornehmlich zur Affirmative, wo er affektiv den anzuerkennenden, opferbereiten Arbeitswillen der meisten Betroffenen herausstellte.

Eine gute Bedingung für weitere >>Reformen<< der Verwertungsbedingungen des Kapitals, etwa zur Verringerung der Kosten, die Arbeitskraft hervorruft.

Die Zahl auch derer, die trotz ausgeübter Arbeit arm sind, steigt. Standortlogisch ist dies erwünscht, damit die hiesige Wirtschaft im weltweiten Konkurrenzkampf punkten kann. In der öffentlichen Debatte um >>prekäre Lebensverhältnisse<< wird nicht Armut skandalisiert, sondern, daß sich z. B. ein ausgebildeter Facharbeiter herabgewürdigt sieht, weil er schon nach kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit mit sozialhilfebedürftigem >>Faulnerpack<< auf eine Stufe gestellt wird, das nicht schon so lange in >>die<< Kassen eingezahlt hat. Die Parteien machen dabei sämtlich deutlich, daß es dem >>Sozialstaat<< nicht darum geht, ein bedürfnisbefriedigendes, materielles Auskommen für die Menschen zu schaffen. Vielmehr sollen die Lohnabhängigen wollen, ihre Bezüge durch die heikle Einkommensressource Lohnarbeit schöpfen zu dürfen.

Gemäß der alten vom protestantischen Arbeitsethos geprägten Leier von Fleiß, Sparsamkeit und Ordnung individualisiert die bürgerliche Moral das Thema Armut, schließlich könne jeder aufsteigen der/die sich bemühe. Ebenso sind viele arbeiterbewegte, zumeist sozialdemokratische Konzepte von der Idee geprägt, mit Bildung, Geduld und Spucke, aber vor allem Arbeitseifer,

werde mensch sich schon nach oben buckeln.

Hingegen ist kapitalistische Lohnarbeit herabwürdigend, das Vermögen, welches die Arbeitenden erschaffen, und welches ihre eigene Armut hervorbringt, Mittel ihrer eigenen Unterdrückung. Die Lohnabhängigen müssen den Interessen des Kapitals folgen, weshalb ihre eigenen Interessen regelmäßig verletzt werden. Diese Einsichten tauchten bei den SozialdemokratInnen gar nicht mehr auf, sie verdamnten am Kapitalismus nicht das Wirtschaften, sondern das angeblich falsche Wirtschaften. Sie waren von Beginn ihrer Konstituierung an voll des Lobes für die Arbeit, und statt gute Gründe gegen das System der Lohnarbeit hervorzubringen, lobten sie die Produktion. Sie nölten moralisierend, man habe einen Anspruch auf die selbst hergestellten Produkte, konnten sich die Vorenthaltung derer jedoch nur als fiese Unterschlagung durch die Kapitalistenklasse erklären. Die VertreterInnen der sozialdemokratischen Parteien klopfen deshalb noch heute gerne vor jeder Kamera symbolisch denen auf die Schulter, die mit >>ehrlicher<< Arbeit jenen bescheidenen Wohlstand sich erarbeitet haben, deren Erreichung sie seit Generationen den Lohnabhängigen versprechen: „Die SPD arbeitet dafür, dass es für die breite Mehrheit der Menschen aufwärts geht, dass nicht nur die glückliche obere Spitze der Gesellschaft, sondern dass alle etwas von der wachsenden Wirtschaft haben.“ (K. Beck [SPD] 2007, zit. n. www.spd.de) Dabei haben sie sich der Standortlogik verschrieben und betrachten Lohnarbeit nicht als üble Notwendigkeit im Kapitalismus, sondern als moralische Ehre, an der auch >>die da oben<< mittun sollen.

Die Produktivkräfte sind heute soweit entwickelt, daß für alle gesorgt werden könnte. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem sorgt stattdessen Konkurrenz von Kapitalen dafür, daß hochtechnisierte moderne Produktionsmittel derart verwendet werden, daß Lohnabhängige ihre Existenzgrundlage trotz hoher Produktivität verlieren. Gerade dann sorgt der Kapitalismus für die Armut vieler. Nicht etwa, wie Beck behauptet: „Gute Arbeit ermöglicht vollwertige Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung.“ (zit. n. ebd.) Gesellschaftliche Zahlungsfähigkeit wird letztlich lediglich über Unternehmen generiert. Die Menge der Arbeitslosen steht in Konkurrenz zu jenen >>in Arbeit<<, weshalb Löhne kleiner und Arbeitszeiten länger werden. Bei alledem handelt es sich nicht um Unfähigkeit von Unternehmensführungen oder die Schuld fieser >>Heuschrecken<<. Dies ist ein prinzipielles Ergebnis kapitalistischen Wirtschaftens.

Die etablierte Politik stilisiert Arbeitslosigkeit hingegen als Armutsursache und läßt dabei den Kapitalismus außen vor. Auch angeblich linken Parteien fällt da lediglich eine gedeihende wirtschaftliche Entwicklung ein.

Diese – und zwar die eigene – hat auch die CDU im Auge, wenn sie global schaffen will, was im Kapitalismus nicht geht, nämlich Armut ausgerechnet durch >>fairen Handel<< zu bekämpfen: "Die ärmsten Länder werden nur dann eine Chance mit ihren Produkten haben, wenn sie faire Handelsbedingungen bekommen" (A.Merkel [CDU] 2007, auf dem ev. Kirchentag in Köln, zit. n. www.tagesschau.de).

Wir hingegen fordern:

Nieder mit dem Arbeitswahn! Kapitalverhältnisse überwinden!

junge linke köln, c/o Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103
Köln, jungelinke@gmx.de, www.jungelinke.tk